

Niederschrift über die 41. Sitzung des Infrastrukturausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, den 04.02.2021
Sitzungsbeginn: 16:32 Uhr
Sitzungsende 19:30 Uhr
Ort: Großsporthalle Rodenkirchen, Schulstraße 14, 26935 Stadland

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Horst Mauritschat

Mitglieder

Herr Günter Busch
Herr Wolfgang Fritz
Frau Elke Kuik-Janssen
Herr Wilfried Schellstede
Herr Hans Schwedt
Frau Erika Weubel
Herr Horst Wieting

Gäste

Herr Alexander Wagenhuber (Planungsbüro Gieselmann und Müller)

von der Verwaltung

Herr Christian Blumenberg (Bauhof)
Frau Verena Huppert
Frau Kerstin Jäschke
Herr Bürgermeister Klaus Rübesamen

Protokollführer-/in

Herr Jann Rass

Es fehlten entschuldigt:

Frau Andrea Arens
Herr Folkert Fittje
Herr Gerriet Janßen
Herr Michael Sanders

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

- 1.3** Feststellung der Tagesordnung
- 2** Genehmigung der Niederschrift über die 38. Sitzung des Infrastrukturausschusses des Rates der Gemeinde Stadland vom 07.10.2020
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 39. Sitzung des Infrastrukturausschusses des Rates der Gemeinde Stadland vom 18.11.2020
- 4** Einwohnerfragestunde
- 5** Bebauungsplan Nr. 56, Friesenstraße;
 1. Kenntnisnahme der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung
 2. Abwägungsbeschluss gem. § 1 Abs. 6 BauGB
 3. Fassung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 56, FriesenstraßeVorlage: 007/2021
- 6** Haushalt 2021
Vorlage: 009/2021
- 7** Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP);
Stellungnahme der Gemeinde zum Entwurf einer Änderung und Ergänzung des LROP
Vorlage: 008/2021
- 8** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Aufstellung einer kommunalen Wärmeplanung
Vorlage: 169/2020
- 9** Einrichtung von Behindertenparkplätzen auf dem kleinen Marktplatz Rodenkirchen;
Antrag der Fraktion B.90/Die Grünen vom 26.11.2020
Vorlage: 006/2021
- 10** Installation von Lüftungsanlagen / Wärmetauschanlagen in gemeindeeigenen Gebäuden;
Antrag der Fraktion B.90/Die GRÜNEN vom 02.12.2020
Vorlage: 197/2020
- 11** Ausschreibung Stromlieferung für den Zeitraum 2022 / 2023;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 Die GRÜNEN, dass von der Gemeinde Stadland bezogener Strom zukünftig nur noch regenerativ erzeugt wird (Ausschreibung "Ökostrom")
Vorlage: 200/2020
- 12** Bebauungsplan Nr. 33, Konrad-Adenauer-Straße;
Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen für Bauvorhaben Konrad-Adenauer-Straße 85, Rodenkirchen
Vorlage: 005/2021
- 13** Mitteilungen

14 Einwohnerfragestunde

Es wurde wie folgt beraten und beschlossen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Der Vorsitzende stellt die ordentliche Ladung fest.

zu 1.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 1.3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Busch beantragt TOP 3 und TOP 16 abzusetzen (Niederschrift 39. Sitzung)

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich beschlossen
(Ja 6 Enthaltung 2)

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die 38. Sitzung des Infrastrukturausschusses des Rates der Gemeinde Stadland vom 07.10.2020

Der Vorsitzende lässt über die Niederschrift der 38. Sitzung des Infrastrukturausschusses abstimmen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die 39. Sitzung des Infrastrukturausschusses des Rates der Gemeinde Stadland vom 18.11.2020

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

zu 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 5 Bebauungsplan Nr. 56, Friesenstraße; 1. Kenntnisnahme der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung 2. Abwägungsbeschluss gem. § 1 Abs. 6 BauGB

**3. Fassung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 56, Friesenstraße
Vorlage: 007/2021**

Sach- und Rechtslage:

Im Rahmen der durchgeführten Öffentlichkeitsbeteiligung sind Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange und Einzelpersonen eingegangen.

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass während der Öffentlichkeitsbeteiligung Stellungnahmen eingegangen sind.
2. Die Stellungnahmen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung werden hiermit gemäß § 1 Abs. 7 BauGB unter Berücksichtigung privater und öffentlicher Interessen gegen- und untereinander gerecht abgewogen. Auf die Abwägungsvorschläge des Planungsbüros wird Bezug genommen.
3. Gemäß § 10 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 58 Abs. 1 Ziff. 5 NKomVG beschließt der Rat der Gemeinde Stadland den Bebauungsplan Nr. 56, Friesenstraße, als Satzung und stellt die Begründung fest.

Herr Wagenhuber vom Planungsbüro Gieselmann und Müller GmbH, Oldenburg stellt Bebauungsplan Nr. 56 vor und gibt einen Bericht über den aktuellen Sachstand. Zum Bericht gibt es keine Fragen.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmige Beschlussempfehlung**

**zu 6 Haushalt 2021
Vorlage: 009/2021**

Zum Haushalt 2021 stellt Frau Jäschke vor.

Herr Fritz stellt fest, dass man ohne Vorlage dem Vortrag nur schwer folgen kann und fordert für das nächste Mal eine schriftliche Unterlage.

Der Bauhof beantragt

- a) Ersatzbeschaffung Unimog und Traktor. Unimog und ein Traktor sollen verkauft und gegen einen neuen Traktor ersetzt werden.
Der Unimog ist zu alt und teuer im Unterhalt. Ein Traktor kann das selbe leisten.
- b) Antrag Ersatzbeschaffung Mähwerk
- c) Antrag Ersatzbeschaffung Spülgerät. Der Arbeitsaufwand ist am Unimog höher. Das Spülgerät sollte besser auf einem Anhänger transportiert werden. Eine Reparatur des jetzigen Spülgeräts ist unwirtschaftlich.

Der Tagesordnungspunkt wurde **zur Kenntnis genommen**.

**zu 7 Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP);
Stellungnahme der Gemeinde zum Entwurf einer Änderung und Ergänzung
des LROP**

Sach- und Rechtslage:

Die Niedersächsische Landesregierung beabsichtigt, mit einer Änderung und Ergänzung des Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) die Ziele und Grundsätze der Raumordnung zu aktualisieren.

Ab dem 20.01.2021 bis einschließlich 19.02.2021 sind der Entwurf einer Verordnung zur Änderung des LROP, Anlagen, zugehörige Begründung und Umweltbericht auf der Seite www.LROP-online.de eingestellt. Anregungen und Bedenken können bis einschließlich 05.03.2021 abgegeben werden. Eine Fristverlängerung ist nicht möglich.

Herr Wieting hält eine 2 spurige Erweiterung der Eisenbahnstrecke Nordenham – Hude für nicht zielführend. Die Raumordnung sollte mehr auf Wohnen, die Wassertiefe des Yachthafens und eine Aufwertung des Feldflughafens Schweier Zoll ausgerichtet sein. Der Plan solle auf die Belange Stadlands umgeschrieben werden.

Frau Kuik-Janssen steht der Aufwertung der Eisenbahnstrecke positiv gegenüber. Esensham soll als Energiestandort weiter erhalten bleiben.
Frau Kuik-Janssen beantragt die Vorlage ohne Beschluss an den VA weiterzugeben.

Die Vorlage wird **ohne Beschlussempfehlung** weiter an den VA gegeben.

**zu 8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Aufstellung einer kommunalen Wärmeplanung
Vorlage: 169/2020**

Herr Bürgermeister Rübesamen stellt die Erkenntnisse des Arbeitskreises Klima vor. Dies wird von den Anwesenden positiv aufgenommen.

Beschlussempfehlung:

Die Wärmeplanung wird zur weiteren Bearbeitung ans Bauamt gegeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**zu 9 Einrichtung von Behindertenparkplätzen auf dem kleinen Marktplatz Ro-
denkirchen;
Antrag der Fraktion B.90/Die Grünen vom 26.11.2020
Vorlage: 006/2021**

Herr Bürgermeister Rübesamen stellt fest, dass, seit der Umstellung des Marktes auf Corona-Bedingungen, die vorhandenen Behindertenparkplätze auf dem Marktplatz ein Gefahrenpotential für die Marktbesucher darstellt. Das Rangieren ist nicht unfallfrei gewährleistet. Im September bestand Kontakt zum Landkreis wegen der Einrichtung neuer Behindertenparkplätze vor dem Nachbargrundstück, Front zur Bahnlinie. Dies konnte bisher witterungsbedingt nicht umgesetzt werden. Bestehende Behindertenparkplätze bleiben bestehen, die neuen Behindertenparkplätze werden nur für die Zeit des Wochenmarktes freigegeben.

Beschlussempfehlung:

2 neue Behindertenparkplätzen werden für die Zeit des Wochenmarktes eingerichtet

Abstimmungsergebnis:
einstimmige Beschlussempfehlung

zu 10	Installation von Lüftungsanlagen / Wärmetauschanlagen in gemeindeeigenen Gebäuden; Antrag der Fraktion B.90/Die GRÜNEN vom 02.12.2020 Vorlage: 197/2020
--------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Frau Kuik-Janssen führt als Argumente für Lüftungsanlagen die Coronapandemie, zukünftige Pandemien, sowie Energieersparnis an und liest einen offenen Brief der deutschen physikalischen Gesellschaft zum Thema Lüften vor.

Herr Schwedt schlägt vor, dass über eine Lüftungsanlage beschlossen werden soll, wenn Neubauten anstehen und gibt zu bedenken, dass man die Folgekosten beachten muss.

Herr Fritz schlägt vor, dass eine Lüftungsanlage bei allen zukünftigen Baumaßnahmen verbindlich geprüft werden soll.

Herr Wieting wendet ein, dass dies nur für Neubauten und nicht für den Bestand beachtet werden sollte.

Herr Busch schlägt vor, die Betrachtung auf Neubauten und Grundsanierungen anzuwenden. Der Rat solle dann auf Grundlage der Wirtschaftlichkeit entscheiden.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird in Zukunft die Möglichkeit Lüftungsanlagen einzubauen bei Neu- und Umbauten prüfen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmige Beschlussempfehlung

zu 11	Ausschreibung Stromlieferung für den Zeitraum 2022 / 2023; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 Die GRÜNEN, dass von der Gemeinde Stadland bezogener Strom zukünftig nur noch regenerativ erzeugt wird (Ausschreibung "Ökostrom") Vorlage: 200/2020
--------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ratsherr Schwedt beantragt die Vorlage zusammen mit Tagesordnungspunkt 17 (nichtöffentlich) zu beraten.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen:

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich beschlossen
(Ja 7 Nein 1 Enthaltung 0)

Der Antrag wird somit **ohne Beschluss** im nichtöffentlichen Teil beraten.

zu 12	Bebauungsplan Nr. 33, Konrad-Adenauer-Straße; Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen für Bauvorhaben Konrad-Adenauer-Straße 85, Rodenkirchen Vorlage: 005/2021
--------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sach- und Rechtslage:

Der Eigentümer des Hauses Konrad-Adenauer-Straße 85 beabsichtigt eine Erweiterung des Wohnhauses um u.a. aufgrund veränderter Arbeitsverhältnisse ein größeres Büro zu erstellen. In dem Büro sollen für zwei Personen Arbeitsplätze für das Homeoffice geschaffen werden.

Um das Bauvorhaben entsprechend realisieren zu können, stellt der Bauherr den Antrag auf Befreiung von der Festsetzung / örtlichen Bauvorschriften der maximal zulässigen Traufhöhe 3,80 m.

Herr Schwedt führt aus, dass der Besitzer mit dem Bauvorhaben die Raumhöhe erhöhen möchte, da andernfalls die Räume nicht nutzbar sind.

Frau Weubel wendet ein, dass dies nicht dem Bebauungsplan entspricht und schlägt vor, dem Antrag nicht zuzustimmen

Herr Busch stellt fest, dass der Anbau sinnvoll ist und keinen Schaden anrichtet, sondern dem betroffenen Bürger nutzt.

Beschlussempfehlung:

Dem Antrag wird stattgegeben. Das Bauvorhaben dient der Anpassung an veränderte Arbeitsbedingungen (Homeoffice), steht in einem untergeordneten Verhältnis zum Wohngebäude und wirkt nicht störend, da in einer Sackgasse gelegen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitliche Beschlussempfehlung

(Ja 5 Nein 2 Enthaltung 1)

zu 13 Mitteilungen

Keine Mitteilungen

zu 14 Einwohnerfragestunde

Herr Fritz fragt als Einwohner Seefelds nach dem Stand der Planung des Baugebiets. Herr Bürgermeister Rübesamen führt aus, dass zwar das gesamte Areal (Kirche & Gemeinde) durch einen beauftragten Planer überplant wird, die Verhandlungen mit der Kirche jedoch erfolglos abgebrochen wurden. Der ursprünglich vereinbarte Landtausch im Verhältnis 1:3 war für den Verhandlungsführer des Oberkirchenrates nicht akzeptabel, er forderte 1:6. Trotz Angebotes 1:4,5 durch den Invesor war kein Entgegenkommen möglich.

Herr Fritz führt aus, dass die Seefelder Bürger inzwischen ungehalten sind und schlägt vor, die Probleme mit der Landeskirche öffentlich zu machen.

Herr Busch fordert den Bebauungsplan zügig umzusetzen. Auch die Kirche schwimme nicht in Geld und schließlich gehe es hier darum, 50 Häuser zu bauen.

(Protokollführer)

(Vorsitzender)

(Bürgermeister)